

Bekanntmachung

betr. Krankenversicherung von Ausländern während des Krieges.
Vom 2. November 1916.

Der Bundesrat hat auf Grund des § 3 des Gesetzes, betr. die Ermächtigung des Bundesrats zu wirtschaftlichen Maßnahmen usw., vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 327) folgende Verordnung erlassen:

§ 1. Diejenigen seit Beginn des gegenwärtigen Krieges in Deutschland befindlichen Angehörigen feindlicher Staaten, welche als solche durch Anordnung deutscher Behörden in ihrer persönlichen Freiheit beschränkt und deshalb als unfreie Personen nicht nach den Vorschriften der Reichsversicherungsordnung über die Krankenversicherung versicherungspflichtig oder versicherungsberechtigt sind, werden diesen Vorschriften unterstellt.

Für sie gelten auch das Gesetz, betreffend Sicherung der Leistungsfähigkeit der Krankenkassen, vom 4. August 1914 (Reichs-Gesetzbl. S. 337) und § 2 der Bekanntmachung, betr. Krankenversicherung und Wochenhilfe während des Krieges, vom 28. Januar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 49).

§ 2. Diese Vorschrift tritt am 20. November 1916 in Kraft.
Berlin, den 2. November 1916.

Der Stellvertreter des Reichskanzlers,
Dr. Helfferich.

Bekanntmachung

Nr. W. M. 312/10. 16. R. N. A.),

betreffend Bestandserhebung von Natron-(Sulfat-)Zellstoff, ganz oder teilweise aus Natron-(Sulfat-)Zellstoff hergestelltem Papier, Spinnpapier, Papiergarn, ferner von Arbeitsmaschinen, welche zur Herstellung, Bearbeitung und Verarbeitung von Spinnpapier in Gebrauch sind.

Vom 20. November 1916.

Nachstehende Anordnungen werden hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht mit dem Bemerkung, daß jede Zuwiderhandlung — worunter auch verspätete oder unvollständige Meldung fällt —, soweit nicht nach den allgemeinen Strafgesetzen höhere Strafen verurteilt sind, gemäß der Bekanntmachung über Vorratserhebungen vom 2. Februar 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 54) in Verbindung mit den Erweiterungsbekanntmachungen vom 3. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 549) und vom 21. Oktober 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 684) bestraft* wird. Auch kann der Betrieb des Handelsgewerbes gemäß der Bekanntmachung zur Fernhaltung unzuverlässiger Personen vom Handel vom 23. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 603) untersagt werden.

§ 1.

Meldepflicht.

Die von dieser Bekanntmachung betroffenen Personen (meldepflichtige Personen) unterliegen hinsichtlich der von dieser Bekanntmachung betroffenen Gegenstände (meldepflichtige Gegenstände) einer monatlichen Meldepflicht.

§ 2.

Von der Bekanntmachung betroffene Gegenstände.

Meldepflichtig sind:

- Gruppe I. Rohstoffe, Halb- und Fertigerzeugnisse:
- a) Natron-(Sulfat-)Zellstoff,
 - b) Papier jeder Art, ganz oder teilweise aus Natron-(Sulfat-)Zellstoff hergestellt, sofern die Vorräte 1000 Kilogramm übersteigen,
 - c) aus reinem Sulfatzellstoff hergestelltes Spinnpapier,
 - d) Papiergarn jeder Art, Zellstoffgarn und Papiermischgarn, wie Textil, Textile, Garne mit Faserseile u. a., sofern die Vorräte 250 Kilogramm übersteigen;

*) Wer vorsätzlich die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder willentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu zehn tausend Mark bestraft, auch können Vorräte, die verschwiegen sind, im Urteil für dem Staate verfallen erklärt werden. Ebenso wird bestraft, wer vorsätzlich die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen unterläßt.

Wer fahrlässig die Auskunft, zu der er auf Grund dieser Verordnung verpflichtet ist, nicht in der gesetzten Frist erteilt oder unrichtige oder unvollständige Angaben macht, wird mit Geldstrafe bis zu dreitausend Mark oder im Unvermögensfalle mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bestraft. Ebenso wird bestraft, wer fahrlässig die vorgeschriebenen Lagerbücher einzurichten oder zu führen läßt.

Gruppe II. Arbeitsmaschinen:

- a) Papiermaschinen, welche Spinnpapier herstellen,
- b) Streifen- und Schneidemaschinen für Spinnpapier,
- c) Spinnmaschinen, welche Garne der unter Gruppe I d genannten Art herstellen.

§ 3.

Von der Bekanntmachung betroffene Personen.

Zur Meldung verpflichtet sind:

1. alle Personen, welche Gegenstände der im § 2 bezeichneten Art im Gewahrsam haben, oder aus Anlaß ihres Handelsbetriebes oder sonst des Erwerbes wegen kaufen oder verkaufen,
2. gewerbliche Unternehmer, in deren Betrieben solche Gegenstände erzeugt oder in deren Betrieben Gegenstände der Gruppe I des § 2 verarbeitet werden,
3. Kommunen, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Verbände.

Borräte, die sich am Stichtage nicht im Gewahrsam des Eigentümers befinden, sind sowohl von dem Eigentümer als auch von demjenigen zu melden, der sie zu dieser Zeit im Gewahrsam hat (Lagerhalter usw.).

Die nach dem Stichtage eintreffenden, vor dem Stichtage aber schon abgesandten Borräte sind nur vom Empfänger zu melden.

§ 4.

Stichtag und Meldefrist.

Die erste Meldung ist über die bei Beginn des 1. Dezember 1916 vorhandenen und meldepflichtigen Borräte bis zum 5. Dezember 1916 zu erstatten.

Die späteren Meldungen sind jedesmal über die bei Beginn des ersten Tages eines jeden Monats (Stichtag) vorhandenen Borräte bis zum fünften Tage des betreffenden Monats (Meldefrist) zu melden.

Die Meldungen sind an das Webstoff-Meldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Rgl. Preuß. Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 10 zu richten.

Aus dem Reichsausland (nicht Zollausland) eingeführte meldepflichtige Gegenstände (§ 2) der Gruppe I sind an dem ersten dem Tage der Einfuhr folgenden Stichtage auf dem Meldeschein unter „B“ besonders aufgeführt zu melden, auch wenn sie am Stichtage sich nicht mehr im Eigentum des Meldepflichtigen (§ 3) befinden. In diesem Falle ist zu vermerken, daß die eingeführten Mengen nicht mehr vorhanden sind. An den folgenden Stichtagen sind die bereits einmal als eingeführt gemeldeten Gegenstände nicht mehr gesondert aufzuführen. Befehle feindliche Gebiete gelten nicht als Reichsausland im Sinne dieser Bestimmung.

§ 5.

Meldescheine.

Die Meldungen haben nur auf den amtlichen Meldescheinen zu erfolgen. Die Meldescheine sind bei der Vordruckverwaltung der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Rgl. Preuß. Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 10, unter Angabe der Vordruck-Nr. Bst. 982 b, erhältlich.

Die Anforderung der Meldescheine soll auf einer Postkarte (nicht Brief) erfolgen, die nichts anderes enthalten soll als die kurze Anforderung des gewünschten Meldescheines, die deutliche Unterschrift mit genauer Adresse und Firmensiegel.

Sämtliche in den Meldescheinen gestellten Fragen sind genau zu beantworten.

Weitere Meldungen dürfen die Meldescheine nicht enthalten, auch dürfen bei Einreichung der Meldescheine andere Mitteilungen demselben Briefumschlage nicht beigelegt werden. Auf einem Meldescheine dürfen nur die Borräte eines und desselben Eigentümers oder einer und derselben Lagerstelle gemeldet werden.

Die Meldescheine sind ordnungsgemäß postfrei zu machen und an das Webstoff-Meldeamt der Kriegs-Rohstoff-Abteilung des Rgl. Preuß. Kriegsministeriums, Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 10, einzuliefern. Auf die Vorderseite der zur Verwendung von Meldescheinen benutzten Briefumschläge ist der Vermerk zu setzen: Enthält Meldeschein der Spinnpapierindustrie.

Von den erstatteten Meldungen ist eine zweite Ausfertigung (Abdruck, Durchschlag, Kopie) von dem Meldenden bei seinen Geschäftspapieren zurückzubehalten.

§ 6.

Anfragen und Anträge.

Alle Anfragen und Anträge, welche diese Bekanntmachung betreffen, sind an das Webstoff-Meldeamt des Rgl. Preuß. Kriegsministeriums, Kriegs-Rohstoff-Abteilung, Berlin SW. 48, Berl. Hedemannstr. 10, zu richten.

§ 7.

Inkrafttreten der Bekanntmachung.

Diese Bekanntmachung tritt am 20. November 1916 in Kraft.
Frankfurt a. M., den 20. November 1916.

Stellv. Generalkommando des 18. Armeekorps.

XVIII. Armeekorps.
Stellvertretendes Generalkommando.
Abt. III. b. Tsg. Nr. 20 871/6487.

Frankfurt a. M., den 27. Oktober 1916.
Betr.: Ausübung der Jagd und Fischerei durch Ausländer.
Auf Grund des § 9 b des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851 und des Gesetzes vom 11. Dezember 1915 bestimme ich:

Die Ausübung der Jagd und Fischerei durch Ausländer, soweit sie nicht einem verbündeten Staate angehören, ist für die Dauer des Krieges verboten.

Inwiderhandlungen werden mit Gefängnis bis zu einem Jahre, beim Vorliegen mildernden Umstände mit Haft oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Ausländern, die unter das vorstehende Verbot fallen, bleibt es freigestellt, ihre Jagd- und Fischereiberechtigung durch geeignete Deutsche unter Beobachtung der dafür vorgeschriebenen Formen ausüben zu lassen.

Mit dem Inkrafttreten dieser Verordnung wird die Verordnung vom 27. Oktober 1914 — III b 36 385/2688 — aufgehoben.

Der Kommandierende General:
Freiherr von Gall, General der Infanterie.

Betr.: Wie oben.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden und die Großh. Gendarmerie des Kreises.

Sie wollen darauf achten, daß unbefugte Personen die Jagd nicht ausüben.

Das Polizei-, Forst- und Feischschutpersonal der Gemeinden ist entsprechend zu bedeuten.

Gießen, den 14. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.

J. B.: Langemann.

Bekanntmachung

über anderweite Festsetzung der Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei und der Kartoffelstärkefabrikation.

Vom 5. November 1916.

Auf Grund des § 4 a der Verordnung über die Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation vom 16. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 588) in der Fassung der Verordnung vom 24. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 118) und des § 1 der Bekanntmachung über die Errichtung eines Kriegsernährungsamtes vom 22. Mai 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 402) wird bestimmt:

Artikel I. An die Stelle der in der Bekanntmachung über die Aenderung der Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation vom 29. Februar 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 135) vorgesehenen Preise für Kartoffelstärkemehl einschließlich des Zuschlags für besondere Stichtung treten folgende Höchstpreise:

	Mark
im ersten Preisgebiete	für den Doppelzentner 49,30
im zweiten Preisgebiete	49,80
im dritten Preisgebiete	50,30
im vierten Preisgebiete	50,80

Artikel II. Der § 2 Abs. 3 Satz 1 der Bekanntmachung über die Höchstpreise für Erzeugnisse der Kartoffeltrocknerei sowie der Kartoffelstärkefabrikation vom 16. September 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 588) erhält folgende Fassung:

Bei Verkäufen von Kartoffelstücken und Kartoffelknüllern, die 5 Tonnen nicht übersteigen, und bei Verkäufen von Kartoffelstärkemehl, trockener Kartoffelstärke und Kartoffelstärkemehl, die 1 Tonne nicht übersteigen, erhöhen sich die Höchstpreise im Absatz 2 um 1,50 Mark für den Doppelzentner.

Artikel III. Diese Bestimmung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft.

Berlin, den 5. November 1916.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts.
von Batocki.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 1. bis 15. November wurden in hiesiger Stadt Gefunden: Zwei Portemonnaies mit Inhalt.

Verloren: 4 Portemonnaies mit Inhalt, 1 silb. Damenuhr mit Goldkettchen, 1 Paar selbstgegründete Lederhandschuhe, 1 silb. Damenuhr, 1 Koppelschmuck mit gold. Brosche, 1 Hundertmarkschein, 1 Brieftasche mit 2 Pfundsilbermarkstücken und Zwanzigmarkstücken auf 500 Mk., ein Jagdpaß auf den Namen Feldw. Leutnant Tiller, 1 lederner Hunderthalbdruck und 1 zweirädriger Handkarren.

Die Empfangsberechtigten der gefundenen Gegenstände beliehen ihre Ansprüche alsbald bei uns geltend zu machen.

Die Abholung der gefundenen Gegenstände kann an jedem Wochentag von 11—12 Uhr vormittags und 4—5 Uhr nachmittags bei der unterzeichneten Behörde, Zimmer Nr. 1 erfolgen.

Gießen, den 16. November 1916.

Großherzogliches Polizeiamt Gießen.
Demmerde.

Betr.: Verkehr mit Brotgetreide und Mehl.

An die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Da uns mitgeteilt worden ist, daß Landleute Brotgetreide freihändig verkaufen, wollen Sie sofort ortsüblich bekanntmachen, daß gemäß Artikel 1 §§ 1 und 2 der Bundesratsverordnung vom 29. Juni 1916 sämtliches Brotgetreide für den Kommunalverband beschlagnahmt ist und keinerlei Verkäufe an dritte Personen stattfinden dürfen; gemäß § 9 Ziffer 2 wird derjenige mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 Mk. bestraft, der unbefugt beschlagnahmte Vorräte verkauft, kauft oder ein anderes Veräußerungs- oder Erwerbsgeschäft über sie abschließt.

Gießen, den 16. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
Dr. Usinger.

Betr.: Das Schlauchmaterial der Feuerwehren.

An den Oberbürgermeister zu Gießen und die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden des Kreises.

Wir sind veranlaßt, darauf hinzuweisen, daß auch die gänzlich unbrauchbar gewordenen Schlauchleitungen der Feuerwehren als beschlagnahmtes Lumpenmaterial im Sinne der Bekanntmachung des stellvertretenden Generalkommandos vom 16. Mai 1916 betreffend Höchstpreise für Lumpen und neue Stoffabfälle aller Art zu betrachten sind. Die Feuerwehren sind hierauf hinzuweisen und der Befolg zu überwachen.

Gießen, den 16. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen. Dr. Usinger.

Betr.: Sicherung der Gemüseerzeugung für 1917.

An den Oberbürgermeister zu Gießen, die Großh. Bürgermeistereien der Landgemeinden, sowie an die Herren Geistlichen und Lehrer, an die Vorstände der landwirtschaftlichen und Gartenbauvereine des Kreises.

Die Bestimmungen, den Anbau von Gemüse während der Dauer des Krieges zu fördern, haben nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen recht befriedigende Erfolge gezeigt. Es muß nunmehr mit aller Kraft dahin gewirkt werden, daß der Anbau von Gemüse für das Jahr 1917 noch mehr und so weit als nur irgend angängig gesteigert wird.

Zu diesem Zweck machen wir auf folgendes aufmerksam:

1. Alle Grundstücke, die sich zum Gemüsebau eignen, aber bisher noch nicht benutzt wurden, sind, falls sich die Eigentümer hierzu nicht freiwillig entschließen, unter Anwendung der durch die Verordnung des Bundesrats über die Sicherung der Ackerbestellung vom 31. März 1915 (Reichs-Gesetzbl. S. 210), in der durch Bekanntmachung vom 27. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 834) abgeänderten Fassung vorgesehenen Zwangsmittel dem Gemüsebau zuzuführen. Auf die Bekanntmachung über die Festsetzung von Pachtpreisen für Ackergründen vom 4. April 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 284) wird hingewiesen.

2. Alles zum Gemüsebau in Aussicht zu nehmende Gelände ist noch in diesem Herbst entsprechend vorzubereiten durch gründliche Bearbeitung des Bodens und entsprechende Düngung.

Wegen etwaigen gemeinschaftlichen Bezuges von Sämereien oder wegen des gemeinschaftlichen Bezuges von Pflanzmaterial wird Ihnen demnächst weitere Weisung zugehen.

Wir empfehlen Ihnen, nachdrücklich darauf hinzuwirken, daß jede nur irgend dafür nutzbare und bis jetzt noch unbebaute Bodenfläche, insbesondere auch Vorgärten, zum Anbau von Gemüse herangezogen werden.

Die Herren Geistlichen und Lehrer ersuchen wir noch Ihrerseits die Bevölkerung hierauf mit besonderem Nachdruck und wiederholt hinzuweisen und für entsprechende Belehrung Sorge zu tragen.

Gießen, den 14. November 1916.

Großherzogliches Kreisamt Gießen.
J. B.: Hecker.

Bekanntmachung.

Betr.: Feldbereinigung Ober-Bessingen; hier die Arbeiten des 2. Abschnittes.

In der Zeit vom 1. bis einschließlich 16. Dezember H. Js. liegen werktags auf dem Rathaus zu Ober-Bessingen die Arbeiten des 2. Abschnittes (Besitzstandsaufnahme) zur Einsicht der Beteiligten offen.

Es sind dies:

- 41 Bonitierungsblätter,
- 2 Bände Besitzstandsverzeichnis,
- 2 Bände Gütergeschosse,
- 1 Band Zusammenstellung der Gütergeschosse.

Tagfahrt zur Entgegennahme von Einwendungen hiergegen findet daselbst

Montag, den 18. Dezember H. Js., vormittags von 10—11 Uhr statt, wozu ich die Beteiligten unter der Androhung einlade, daß die Nichterscheinen mit Einwendungen ausgeschlossen sind. Die Einwendungen sind schriftlich und mit Gründen versehen einzureichen.

Friedberg, den 10. November 1916.

Der Großherzogliche Feldbereinigungskommissär:
Schmittspahn, Regierungsrat.